

Budgetsanierung: Bevölkerung zeigt Verständnis

(14.05.2025) Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung rechnet mit finanziellen Einbußen als Folge der Budgetsanierung. Dennoch stoßen die bisher beschlossenen Maßnahmen auf breite Akzeptanz. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Österreichischen Gallup-Instituts*.

Knapp zwei Drittel der Österreicher:innen (65%) gehen davon aus, dass die Sparmaßnahmen im Rahmen der Budgetsanierung ihren Haushalt finanziell belasten werden. Besonders häufig teilen Menschen mit geringerem Einkommen, Haushalte mit Kindern und Sympathisant:innen der FPÖ diese Erwartung.

Gleichzeitig ist das Verständnis für die Notwendigkeit einer Haushaltssanierung gestiegen: 46% der Befragten halten die Staatsverschuldung für ein drängendes Problem in Österreich - vor einem Jahr waren es noch 24%.

Die neue Regierung kommt besser an als ihre Vorgängerin

Die Arbeit der neuen Bundesregierung wird von 27% der Bevölkerung als gut oder sehr gut bewertet. 33% vergeben die Note „befriedigend“ und 37% beurteilen sie mit „genügend“ oder „nicht genügend“. Auch wenn nur ein gutes Viertel hohe Zustimmung deklariert, bedeutet das einen Zuwachs gegenüber der vorherigen Regierung. In der letzten Legislaturperiode lag der Anteil positiver Bewertungen regelmäßig bei etwa 20%, während der Anteil negativer Bewertungen zeitweise über 50% betrug.

„Die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Koalitionspartner scheint Wirkung zu zeigen. Zudem werden Probleme offen benannt und die Lage, insbesondere in Bezug auf den Staatshaushalt, wird nicht beschönigt. Das schafft Vertrauen“, kommentiert die Leiterin des Österreichischen Gallup-Instituts, Andrea Fronaschütz, dieses Ergebnis.

Einsparungen bei der Verwaltung und bei Millionären werden am meisten befürwortet

Unter den angekündigten Maßnahmen zur Budgetsanierung erfahren die Einsparungen in der Verwaltung mit 89% die größte Akzeptanz. Ebenfalls auf breite Zustimmung stoßen der Spitzensteuersatz für Einkommen über einer Million Euro (78%), die Erhöhung der Wettgebühren (78%) und höhere Steuern auf Tabakprodukte (71%).

Mehrheitlich begrüßt werden auch die Erhöhung der Bankenabgabe (67%), die Einführung einer motorbezogenen Versicherungssteuer für Elektrofahrzeuge (66%) sowie die Abschaffung der Bildungskarenz (60%).

Die Hälfte der Befragten hat immer noch Verständnis für den Wegfall der Zuverdienstmöglichkeit bei Arbeitslosigkeit (51%), das Aus des Klimatickets für 18-Jährige (51%) sowie den Energiekrisenbeitrag für Öl-, Gas- und Stromkonzerne (49%). Bei der Abschaffung des Klimabonus (mit Ausgleich für Pendler:innen) herrscht Uneinigkeit: 47% sprechen sich dafür aus, 45% dagegen.

Am deutlichsten abgelehnt werden die Erhöhung der Bundesgebühren (66%), die Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen (63%) sowie die Streichung von Klimaförderungen (55%).

Generell ist die Akzeptanz der Maßnahmen zur Budgetsanierung in älteren Bevölkerungsgruppen höher als bei jüngeren Menschen. FPÖ-Sympathisant:innen sprechen sich häufiger als Anhänger:innen anderer Parteien für Kürzungen bei den Klimaförderungen und die Einführung der motorbezogenen Steuer für Elektrofahrzeuge aus.

„Die Zustimmung zum Sparpaket ist überraschend breit. Durch die transparente Kommunikation der Bundesregierung ist das Bewusstsein für die budgetäre Situation gestiegen und somit auch die Einsicht, dass alle einen Beitrag leisten müssen“, meint Andrea Fronaschütz abschließend.

Rückfragehinweis:
Dr. Andrea Fronaschütz
a.fronaschuetz@gallup.at
Tel. +431 470 47 24-13

Das Österreichische Gallup-Institut
Lobkowitzplatz 1
1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859

Foto: Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, www.beahasler.at

* Gallup-Stimmungsbarometer: Eigenstudie des Österreichischen Gallup-Instituts, 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, Methode: Computer Assisted Web Interviewing (CAWI) im Gallup-Onlinepanel, durchgeführt zwischen 2. und 9. Mai 2025